

Protokoll der 8. Sitzung**Donnerstag, 17. Oktober 2019, 19.30 - 21.45 Uhr,
im Gemeindesaal**Vorsitz

Silvan Kaufmann, Präsident

Protokollführerin

Nicole Keusch, Vize-Gemeindeschreiberin Stv.

StimmzählerMaja Frey
Doris KleiberPräsenz

Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Entschuldigt sind Christine Knüsel, Urs Knecht und Beat Spiess.

Traktandenliste

1. Inpflichtnahme von Raphael Donati, Samuel Hasler und Rahel Weber anstelle der zurückgetretenen Jürg Lochinger, Frank Scharnagl und Salahaddin Al Beati
2. Wahl von zwei Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle der zurückgetretenen Marc Jaisli und Jürg Lochinger
3. Aufgaben- und Finanzplan 2020 - 2023
4. Budget 2020
5. Postulat von Heidi Niedermann, CVP, betreffend Vernetzung auf der Plattform Crossiety (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
6. Beantwortung der Anfrage von Martin Gysi, EVP, betreffend Schleichverkehr Bahnstrasse infolge Baustelle Gysistrasse durch Gemeindeammann Urs Affolter
7. Eingänge

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

Cornelia Byland sitzt zur Unterstützung von Nicole Keusch vorne beim Ratsbüro. Beratende Stimme des Ratsbüros hat Nicole Keusch. Cornelia Byland wird sich an Diskussionen des Ratsbüros nicht beteiligen.

Inpflichtnahme von Raphael Donati, Samuel Hasler und Rahel Weber anstelle der zurückgetretenen Jürg Lochinger, Frank Scharnagl und Salahaddin Al Beati

Raphael Donati, Samuel Hasler und Rahel Weber werden anstelle der zurückgetretenen Mitglieder Jürg Lochinger, Frank Scharnagl und Salahaddin Al Beati vom Ratspräsidenten vorschriftsgemäss in Pflicht genommen.

Wahl von zwei Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle der zurückgetretenen Marc Jaisli und Jürg Lochinger

Wahlvorschlag

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Die SVP Buchs schlägt Samuel Hasler als Nachfolger von Marc Jaisli vor. Die FDP schlägt Tobias Studiger als Nachfolger von Jürg Lochinger vor.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	37	
leer und ungültig	<u>1</u>	
gültige Stimmzettel	36	
 Anzahl der zu Wählenden	 2	
 Total der möglichen Stimmen	 72	
Abzüglich vereinzelt leere oder ungültige Stimmen	<u>7</u>	
 Gesamtzahl der gültigen Stimmen	 65	Absolutes Mehr 17

Stimmen haben erhalten:

Tobias Studiger	35
Samuel Hasler	24
Vereinzelte	6

Gewählt sind mit 35 Stimmen Tobias Studiger und mit 24 Stimmen Samuel Hasler.

Wahlannahmeerklärung

Herr Tobias Studiger und Herr Samuel Hasler erklären mündlich Annahme der Wahl.

Aufgaben- und Finanzplan 2020 - 2023

(Botschaft des Gemeinderats vom 10. September 2019)

Herr Andreas Burgherr, in Vertretung des Präsidenten der FGPK (erläutert die Vorlage mit einer Präsentation): Ich werde das Budget und den Aufgaben- und Finanzplan summarisch präsentieren. Ich durfte kurzfristig für den verunfallten Beat Spiess einspringen, deshalb stehe ich hier. Weil das Budget und der Aufgaben- und Finanzplan sehr ineinander verzahnt sind und uns auch der Leiter Finanzen an der FGPK-Sitzung die beiden Themen zusammen vorgestellt hat, erlaube ich mir, dies auch summarisch zu machen.

Wir hatten 2 FGPK-Sitzungen zum Aufgaben- und Finanzplan und Budget. Wir haben uns eingehend mit den beiden Themen auseinandergesetzt und bereitwillig Auskünfte erhalten. Die wichtigsten Punkte möchte ich erwähnen. Die wichtigsten Facts konntet ihr ja bereits lesen.

Das Budget rechnet mit einem Ertragsüberschuss von rund Fr. 177'000.-- für 2020. Das Wasserwerk mit rund Fr. 190'000.--. Die Abwasserbeseitigung macht einen Verlust von Fr. 80'000.--. Die Abfallbeseitigung rechnet mit einem Gewinn von rund Fr. 100'000.--.

Woher kommen nun diese Zahlen? Wie setzt sich das Budget zusammen? Wo stehen die Einflüsse im Vergleich zum aktuellen Budget?

Bei der Einwohnergemeinde rechnet der Gemeinderat mit positiven Einflüssen im Bereich der Steuereinnahmen. Aufgrund der aktuellen Trends und Angaben des Kantons rechnet das Budget 2020 mit Mehreinnahmen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern. Wir kommen auch in den Genuss von etwas höheren Beiträgen aus dem interkantonalen Finanz- und Lastenausgleich. Zudem haben wir tiefere Finanzierungskosten, da die Zinsen sehr tief sind. Negative Einflüsse haben wir bei den Themen Gesundheit, Pflegefinanzierung, ambulante Krankenpflege, Sozialausgaben und auch bei der Schule sind die Ausgaben höher.

Beim Wasserwerk rechnen wir mit positiven Verkaufszahlen und die anstehenden Investitionen können eigenständig finanziert werden. Es kommen jedoch höhere Kosten im Unterhalt des allgemeinen Wasseretzes auf uns zu, also Abschreibungen, die auf neuen Investitionen gemacht werden müssen, welche das operative Ergebnis wieder etwas nach unten drücken. Zudem müssen wir im Auge behalten, dass wir auch künftige Investitionen selbstständig finanzieren können müssen.

Bei der Abwasserbeseitigung sieht es ähnlich aus. Die Verbrauchszahlen sind stabil, die Gebühreneinnahmen ebenfalls. Die anstehenden Investitionen können vorerst auch noch eigenständig finanziert werden. Wir haben negative Einflüsse im Bereich des höheren Beitrags an den regionalen Abwasserverband und bei den Abschreibungen. Der Aufwandüberschuss und die hohen künftigen Investitionen führen zu einer Verminderung der künftigen kumulierten Ergebnisse.

Die Abfallbeseitigung hat keine negativen Einflüsse. Die einzige Infrastruktur die wir haben, ist der Kehrichtwagen. Ein positiver Einfluss hat das kleine Investitionsvolumen. Diese können eigenständig finanziert werden.

Beim Steuerertrag rechnet der Gemeinderat im Vergleich zum laufenden Jahr mit einem Volumenwachstum bei den Einkommenssteuern um 4.8 % auf rund 17.5 Mio. Franken. Diese Zahlen basieren auf den Prognosen des Kantons und einem aktuellen Trend.

Die Zahlen der Quellen- und Aktiensteuern sind sehr volatile. Sie sind extrem konjunkturabhängig und daher sehr schwierig zu prognostizieren. Der Gemeinderat hat deshalb die Zahlen ohne Wachstum fortgeschrieben. Die FGPK erachtet diesen Trend als nachvollziehbar. Kaffeesatzlesen sollten wir nicht.

Die anderen Steuern sind Grundstücksgewinn-, Erbschaftssteuern und so weiter. Dort rechnet man mit einer leichten Erhöhung. Das total aller Steuereinnahmen beläuft sich auf knapp 21.8 Mio. Franken.

Dem gegenüber stehen die Ausgaben. Bei der allgemeinen Verwaltung gehen die Ausgaben leicht zurück. Dies hat mit 2 Stellenabgängen aus einer hohen Altersklasse zu tun, welche mit jüngeren Personen wiederbesetzt wurden. Die öffentliche Ordnung steigt leicht. Die Bildung wächst um 3 - 4 %. Dazu komme ich noch. Sport und Kultur bleibt in etwa gleich. Bei der Gesundheit sehen wir das kontinuierliche Wachstum der Kosten wie in den letzten Jahren. Die Soziale Sicherheit wächst auch weiter. Der Verkehr nimmt zu aber ist immer noch tiefer als 2017. Im Umweltschutz sind wir auf einem ähnlichen Niveau wie 2019.

Nach den wenigen Investitionen von rund 3 Mio. Franken in diesem Jahr, werden wir im nächsten Jahr mit dem ersten grossen Brocken durch den Bau des Risiacherschulhauses mit rund 7.7 Mio. Franken mehr konfrontiert.

Im Aufgaben- und Finanzplan zeigt sich die Steuerentwicklung der letzten und kommenden Jahre, den Sprung von 2015 auf 2016, wo die Steuern von 97 % auf 100 % erhöht wurden und von 2018 auf 2019, wo die Erhöhung auf 108 % erfolgte. Aufgrund der Wirtschafts- und Konjunkturprognosen wird nun mit einer langsamen aber stetigen Zunahme der Steuereinnahmen gerechnet.

Im Aufgaben- und Finanzplan sehen wir auch die Investitionen. In der Vergangenheit waren die Investitionen eher klein, die Grossen kommen nun. Allen voran sind es Bildungs- und Schulbauten. 2021 ganz klar das Risiacher und in den weiteren Jahren weitere Schulhäuser. Je weiter hinaus der Plan geht, desto unsicherer ist das genaue Investitionsjahr, besonders im Zusammenhang mit der Unsicherheit bezüglich der Kreisschule. Dies macht die Prognostizierung sehr schwierig. Der Gemeinderat hat aber versichert, dass er dies im Auge behält und so gut es geht aktiv verfolgt.

Entsprechend der Investitionen vergrössern sich auch unsere Schulden, wie wir es in den letzten Jahren schon mehrmals gehört haben. Die Schulden steigen bis 2026 auf rund 44 Mio. Franken, von aktuell knapp 15 Mio. Franken an.

Entsprechend entwickelt sich die Nettoschuld pro Einwohner. Das Ziel des Einwohnerrats Anfang dieser Legislatur war es, die Nettoschuld pro Einwohner bis Ende der Legislatur im 2023 unter Fr. 3'500.-- zu halten. Laut dieser Prognose würde dies so bleiben. Die Nettoschuld würde dann aber in den Folgejahren weiter ansteigen, sofern die Investitionen wie geplant umgesetzt werden (gerechnet mit einem gleichbleibenden Steuerfuss von 108 %). Eine Entspannung würde ab 2029 eintreffen. Jedoch muss klar festgehalten werden, dass sich die Schere der Wahrscheinlichkeiten stark öffnet, je nach dem, wann die Investitionen dann genau getätigt werden und wie sich die Konjunktur entwickelt.

Zu den Diskussionspunkten der FGPK noch ein paar Worte: Einerseits haben wir die Erhöhung der Lohnsumme um 1 % diskutiert. Wie uns der Gemeinderat versichert hat, handelt es sich um eine individuelle Erhöhung, die nicht einfach ausgeschüttet wird (analog der Praxis der letzten Jahre). In den letzten 5 Jahren hatten wir 2 Mal eine Nullrunde und 3 Mal eine Erhöhung von 1 % der generellen Lohnsumme, jedoch individuell nach dem Leistungsprinzip ausgeschüttet.

Die Mehrausgaben der Schule von 3.7 % waren ebenfalls Thema. Es gab zu denken, dass wir eine neue Kreisschule haben und diese immer teurer wird. Hier gibt es aber einige Punkte die einschenken. Es sind

dies die Einführung des Lehrplans 21, welcher nun mit neuen Lehrmitteln umgesetzt werden muss. Hier fällt ein Beitrag von Fr. 70.-- pro Schüler an, eine gebunden Ausgaben, vorgegeben vom Kanton. Weiter wirkt sich die Neuressourcierung des Kantons negativ auf unsere Finanzen aus. Der Kanton verrechnet gewisse Kosten direkt der Gemeinde und nicht mehr der Kreisschule. Dabei wird ein anderer Verteilschlüssen angewendet. Vorher war der Verteilschlüssel das Verhältnis zwischen Schülerzahl und Einwohnerzahl. Der Kanton rechnet nun strikt nach Schülerzahl. Und je nach Verhältnis der Schüler zu den Einwohnern sind wir mit der Verrechnung über die Kreisschule besser gefahren wie jetzt, wo der Kanton mit den festen Zahlen rechnet. Dies macht rund Fr. 130'000.-- aus. Was ebenfalls festgestellt werden musste ist, dass wir bei der Ver- und Entsorgung der Schulhäuser zu tief budgetiert haben und diese Kosten höher ausfallen werden. Unter Ver- und Entsorgung wird Strom, Wasser und alles was für den Betrieb des Schulhauses zulasten des Mieters gebraucht wird verstanden. Wir wollten wissen, wie hoch die Kosten pro Schüler sind. Diese Zahlen haben wir (noch) nicht schwarz auf weiss erhalten, aber Toni Kleiber hat gesagt, dass sie tendenziell tiefer sind als vorher.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Ich möchte das kurz präzisieren: In der Kreisschule Buchs-Rohr sank das Verhältnis und ich gehe davon aus, dass dies auch so sein wird. Die richtigen Zahlen werde ich noch nachliefern.

Herr Andreas Burgherr: Ein weiterer Punkt ist, dass wir nur noch 2 Tageskarten anbieten. Vor ein paar Jahren haben wir auf 4 erhöht, nun sind es noch 2. Hier ist der Hauptgrund ein erheblicher Rückgang der Auslastung. Wir vermuten hier einen Zusammenhang mit den Sparbilletten der SBB, welche einfach übers Handy gelöst werden könne. Da die Auslastung nicht mehr kostendeckend ist, wurde die Anzahl gesenkt.

Uns wurde auch mitgeteilt, dass trotz des grossen Aufwandüberschusses der Abwasserbeseitigung mittelfristig mit einer Gebührenerhöhung gerechnet werden muss, um die nötigen Investitionen tätigen zu können.

Fazit der FGPK: Es ist ein sorgfältiges Budget welches die der Gemeinde gegebenen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Die Investitionen beschränken sich primär auf Zwangs- und Entwicklungsbedarfsmassnahmen. Für Wahlbedarf ist im Budget nicht viel drin. Der Ertragsüberschuss von Fr. 177'000.-- ist zwar schön, auf das gesamte Budget macht er jedoch nur 0.6 % aus. Also können wir sagen, dass eigentlich eine schwarze Null budgetiert ist. Es kann auf die eine oder andere Seite ausschlagen.

Die Schulentwicklung pro Einwohner sieht im Finanzplan bedenklich aus. Aber wir erachten diese nicht als hoffnungslos, solange wir weiterhin vorsichtig, sorgfältig und vorausschauend unsere Gemeinde führen, budgetieren und die Investitionen weise tätigen, sodass wir den Turnaround schaffen. Die Investitionen, die wir zurückgestellt haben, sind nicht verschwunden, sondern liegen nun als Bugwelle vor uns und wir müssen diese bewältigen. Was wir in den letzten 50 Jahren nicht gemacht haben, müssen wir halt jetzt machen.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 6 Anwesenden), vom Aufgaben- und Finanzplan 2020 - 2023 sei Kenntnis zu nehmen.

Diskussion

Herr Werner Schenker: Mein Kommentar bezieht sich auf den Investitionsplan der Gemeinde Buchs, Seite 7 und 8 im Aufgaben- und Finanzplan. Es ist mir bewusst, dass Investitionspläne mit einem grossen Faktor an Unsicherheit erstellt werden. Gewisse Dinge lassen sich nur schwer prognostizieren. Dann ist es für mich verständlich, wenn Annahmen und damit eingesetzte Zahlen grosszügig eingetragen werden. Der Investitionsplan hat auch einen Einfluss auf das Budget, deshalb möchte ich etwas dazu sagen. Mir ist klar, dass wir den Aufgaben- und Finanzplan nur zur Kenntnis nehmen können. Der Investitionsplan hat eben auch einen Einfluss auf den Steuerfuss. Sind die Investitionen eher gering veranschlagt, kann es sich eine Gemeinde allenfalls leisten den Steuerfuss gleich zu halten. Vielleicht kann man so auch allfällige Schulden abbauen. Erwarten mich aber grössere Investitionen im Laufe der nächsten Jahre, werde ich klugerweise den Steuerfuss nicht senken. Ich werde sogar die Steuerzahler frühzeitig darauf vorbereiten, dass eine Erhöhung auf Grund der geplanten Investitionen vielleicht unabwendbar ist. Somit ist ein einigermaßen realistischer Investitionsplan für eine zukunftsweisende Politik eben schon entscheidend: Je nachdem werde ich anders argumentieren. Am vorgeschlagenen Budget der Gemeinde Buchs lässt sich meiner Meinung nach nicht viel kritisieren. Beim Investitionsplan allerdings schon: Der Gemeinderat geht bei der Erstellung von neuem Schulraum, Renovation und Umnutzung von Schulraum sehr fahrlässig um. Bis ins Jahr 2028 führt er Investitionen von 37 Mio. Franken auf. Er schreibt vom möglichen Bau eines Schulhauses in der Suhrenmatte, er schreibt vom Bau neuer Turnhallen in der Suhrenmatte, das Schulhaus Gysimatte soll neu gebaut werden. Einmal mehr bringt er die Umnutzung des Alten Schulhauses ins Spiel. Das ergibt eine Summe von 37 Mio. Franken, die in die Schulbauten investiert werden sollen. Und das schlägt grausam ins Gewicht bei den Gemeindefinanzen einer mittelgrossen Gemeinde wie Buchs. Sofern die Schulbauten, wie im Investitionsplan festgehalten, gebaut werden, generiert die Gemeinde Schulden von 55 Mio. Franken bis in Jahr 2029. Darin sind die anderen geplanten Investitionen selbstverständlich mitgerechnet. Eine Verschuldung, die so nicht zu verantworten ist. In dieser Situation darf ich als Bürger und Einwohnerrat schon erwarten, dass ich mehr Informationen zu geplanten Investitionen erhalte. Und genau bei den Schulbauten brauchen wir endlich Klarheit, damit wir einigermaßen wissen, wo das Ganze hinläuft und ob das auch für uns Buchserinnen und Buchser Sinn macht. Oder ob wir uns das überhaupt leisten können oder wollen. Noch immer gibt es kein Schulraumkonzept für die Kreisschule, das sagt, wer was für wen baut und wo die Kinder zur Schule gehen sollen. Ein Konzept, das klar sagt, ob Buchs beispielsweise Schulraum für Aarauer Jugendliche erstellen wird. Dieses Konzept brauchen wir dringend, um seriös über Finanzen und Steuersatz diskutieren zu können. Es ist uns bereits vor mehr als einem Jahr von verschiedenen Seiten versprochen worden. Zitat aus der Einwohnerratssitzung vom letzten Oktober auf dasselbe Anliegen: "Der Gemeinderat ist am Drücker". Und noch immer liegt es nicht vor. Ich wünsche mir einen Gemeinderat, der beim Erstellen eines Investitionsplanes alles daran setzt, ernsthaft brauchbare Zahlen zu liefern. Ein Investitionsplan wie er hier vorliegt, ist im Hinblick auf die Investitionen beim Bau von Schulraum nicht brauchbar und kein Beitrag zu einer echten Finanzpolitik. Das muss sich meiner Meinung nach ändern.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Antrag

Vom Aufgaben- und Finanzplan 2020 - 2023 sei Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung

Vom Aufgaben- und Finanzplan wird einstimmig mit 37 : 0 Stimmen Kenntnis genommen.

Budget 2020

Die Erläuterungen zum Budget hat Andreas Burgherr, Vertreter des Präsidenten der FGPK, bereits unter Traktandum 3 Aufgaben- und Finanzplan gemacht.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 6 Anwesenden), das Budget 2020 sei zu genehmigen und der Steuerfuss für das Jahr 2020 auf 108 % festzusetzen.

Diskussion**BERICHT ZUM BUDGET**

Die Diskussion wird nicht verlangt.

ERFOLGSRECHNUNG

Herr Markus Notter: Ich habe eine Frage zu Konto 0220.3090.00, Seite 20, Besuch Seminare und Schulungen der Abteilung Bau Planung Umwelt. Hier sind Fr. 3'000.-- vorgesehen. Was sind das für Seminare?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Das ist ein ordentlicher Betrag für Weiterbildungen unter dem Jahr. Es ist nicht ein spezielles Seminar.

Frau Susanna Lehmann Sokac, Leiterin Bau Planung Umwelt: In diesem Betrag sind 6 Mitarbeitende unserer Abteilung kalkuliert, dies entspricht einem durchschnittlicher Betrag von Fr. 500.-- pro Mitarbeiter. Es handelt sich um Tagesseminare in spezifischen Themen wie Baurecht, Themen im Tiefbau, Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen. Dieser Betrag wird nicht zwingend ausgeschöpft. Wir brauchen diesen Betrag als Basis, dass wir etwas machen können, wenn sich etwas ergibt.

Herr Raphael Donati: Auf Seite 16 bei den Informatikmitteln ist ein Mietbetrag der Hardware von Fr. 93'000.-- eingesetzt. Zusätzlich ist eine Anschaffung von Fr. 50'000.-- eingestellt. Was kostet Fr. 50'000.-- und wieso ist dies nicht im Mietbetrag enthalten? Der Mietbetrag ist riesig. Wurde dort schon mal eine Konkurrenzofferte eingeholt?

Herr Gemeinderat Tony Süess: Die bestehende Telefonanlage muss für Fr. 50'000.-- ersetzt werden. Das aktuelle Telekommunikationssystem hat das Lebens- und Supportende erreicht. Bei einem möglichen Ausfall müsste ohne Erneuerung mit langen Wartezeiten bei der Beschaffung gerechnet werden. Beim Mietbetrag von Fr. 93'000.-- handelt es sich um die gesamte Hardware der Verwaltung. Aktuell sind dies 35 PCs, 3 Notebooks, 16 Arbeitsplatzdrucker und 3 Server. Die Basis bildet der Einwohnerratsentscheid vom 19. Juni 2002. Dort hat man entschieden, diese Geräte mit Vollservice zu mieten statt zu kaufen. Im Jahr 2018 - nach Ablauf des 4-Jahres-Vertrags - wurde dieser Vertrag zu etwas besseren Konditionen für 5 Jahre verlängert.

Frau Denise Zeller Xenaki: Mir sind diese Fr. 93'000.-- auch aufgefallen. Ich habe in der Verwaltung nachgefragt, was alles im Volls-service inbegriffen ist. Es ist einfach noch der gesamte Support. Ich finde den Betrag enorm. Wenn man denkt, dass man diese Geräte für ca. Fr. 60'000.-- anschaffen könnte, wären immer noch Fr. 30'000.-- für den Support übrig. Und dann zahlen wir das jedes Jahr wieder? Für mich geht das nicht auf. Ich möchte hier noch eine genauere Erläuterung. Aus meiner Sicht zahlen wir viel zu viel Miete und bekommen keine Leistung dafür.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die EDV ist das Herz der Verwaltung. Wenn dieses nicht funktioniert - sei es eine Stunde oder zwei - dann arbeitet niemand mehr. Das ist eine Tatsache bei jeder Firma. Wir haben das System gewählt, die Leistungen extern einzukaufen anstatt eine eigene EDV-Abteilung aufzubauen. Der Betrag ist absolut angemessen für die Wartung und den Unterhalt einer solchen Anlage. In Rheinfelden haben wir eine EDV-Abteilung mit mittlerweile 3 Personen - wir haben nicht viel mehr Einwohner als Buchs - und wenn man nur schon die Personalkosten betrachtet, muss man nicht überlegen. Der Betrag ist angemessen, wir haben keine Luxuslösung hier in Buchs. Es funktioniert, die Betriebssicherheit ist relativ hoch. Das ist mir sehr wichtig. Wenn nichts mehr geht, kann man die Mitarbeiter nach Hause schicken. Momentan können wir nichts anderes machen, weil der Vertrag läuft.

Frau Denise Zeller Xenaki: Der Entscheid wurde 2002 gefällt. 2002 waren wir informatiktechnisch in der Steinzeit im Vergleich zu heute. Die Hardware war damals massiv teurer. Ich bin der Meinung, dass es wirklich zu teuer ist. Ich habe keine Zahlen, wieso wissen wir nicht wie viel die Geräte kosten, wie lange jemand für den Support vor Ort ist, wie viele Stunden kommen sie in die Gemeinde? Das wissen wir alles nicht. Für mich ist der Betrag so hoch, dass ich mehr Transparenz möchte.

Herr Gemeinderat Tony Süess: Das Einzige was ich dir noch an Zahlen geben kann, ist dass wir alle 4 Jahre neue Geräte bekommen. Wir sind nicht mehr in der Steinzeit, aber die Probleme werden immer komplexer. Und Patrick Bleuer kann als First-Level-Supporter diese Probleme nicht lösen. Es ist nach wie vor die günstigste Lösung für uns. Wir bräuchten sonst 2 - 3 Informatiker. Verglichen mit der Stadt Aarau haben wir 1/2 der Kosten.

Herr Reto Bianchi: Workstations müssen doch nicht alle 4 Jahre ersetzt werden. Man geht ja nur über ein System irgendwo hin. Bei der Stadt Olten hatten wir ältere Geräte.

Herr Dieter Stüssi: Ich bin erstaunt, dass wir hier diese "Veloständerprobleme" in einem Budget diskutieren, in welchem wir gar keine Angaben haben können. Man kann sich bei der Gemeinde orientieren und fundierte Informationen abholen. Was wollen wir hier einfach in die Luft hinaus reden. Ich bin der Meinung, dass wir hier abbrechen und nur echte Probleme besprochen werden sollten. Wie gesagt, die Gemeinde kann gefragt werden.

Frau Denise Zeller Xenaki: Ich habe nachgefragt bei Tony Süess und der Gemeinde. Und die Gemeinde hat mir auch gut und detailliert Auskunft gegeben, aber es hat nicht gereicht. Ich verstehe es immer noch nicht. Wenn ich die Rechnung mache ist es einfach zu teuer. Man sollte sich wirklich überlegen, ob ein anderes System in der heutigen Zeit - nach 17 Jahren mit diesem System - effizienter wäre.

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Konto 2170.3144.01, Seite 46, Baulicher Unterhalt von Kindergärten. Ich war oft auf dem Spielplatz beim Kindergarten Post. Aus meiner Sicht wird der Unterhalt der Spielplätze stark vernachlässigt. Während mehr als einem Jahr hing eine kaputte Strickleiter herum, der Rutschbahnhügel erodierte, es hat einen Kletterbaum der am vermodern ist und erst nach mehrmaligen Reklamationen ist letztes Wochenende nun etwas passiert. Ich bin nicht sicher, ob der Budgetposten nicht reicht um diese Arbeiten auszuführen - in diesem Fall müsste man diesen erhöhen - oder ob dem Unter-

halt zu wenig Achtung oder Planung gewidmet wird. Brauchen wir mehr Geld oder liegt der Fehler irgendwo anders?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wenn etwas defekt ist, interessiert am Schluss eigentlich niemanden, wie hoch der Budgetposten ist. Dann werden die Geräte in Ordnung gebracht. Die Summe ist kein Kriterium. Natürlich versuchen wir diese Summe einzuhalten, dafür budgetieren wir schliesslich. Wichtig ist, dass die Nutzer die Missstände melden. Wir haben niemanden der ständig kontrolliert, ob alles in Ordnung ist. Es werden nur sporadisch Sicherheitskontrollen durchgeführt. Ich bin überzeugt, dass Frau Lehmann und ihre Mitarbeiter dafür besorgt sind, die Sachen in nützlicher Frist zu reparieren, wenn eine Meldung eintrifft.

Frau Susanna Lehmann Sokac, Leiterin Bau Planung Umwelt: Ich habe Kenntnis davon, dass sich ein Mitarbeiter um die Angelegenheit beim Spielplatz Post gekümmert hat und die Situation erledigt sein sollte.

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Ja es wurde etwas gemacht, aber es ging relativ lange von der ersten Rückmeldung bis zur Ausführung.

Frau Susanna Lehmann Sokac, Leiterin Bau Planung Umwelt: Vielleicht hat es auch kommunikativ etwas länger gedauert. Aber ich kann für meine Mitarbeiter sprechen, wenn ich sage, ihnen ist die Sicherheit ein Anliegen. Wenn noch Fragen sind zu einem Spielplatz der Schulanlagen bitte ich um entsprechende Meldung, so dass wir uns darum kümmern können.

Frau Tatjana Lambrinouidakis: Konto 3291, Seite 49, Gemeindesaal. Schon vor Jahren haben wir die Frage zur Rentabilität des Gemeindesaals gestellt. Ich habe mich via Carlo Humbel und Hansruedi Werder erkundigt. Das Betriebskonzept des Gemeindesaals wurde uns längstens versprochen. Und nun wurde es mir auf Ende Amtszeit wieder versprochen. Ich bin mit dem Hinausschieben dieser Aufgabe nicht zufrieden, wenn man bedenkt, dass einige Franken herausgeholt werden könnten. Schaut man das Defizit von Fr. 478'000.-- an, welches jedes Jahr in dieser Grössenordnung liegt, könnte da doch noch etwas herausgeholt werden. Ich wünsche das Betriebskonzept möglichst schon vorgestern.

Frau Tatjana Lambrinouidakis: Konto 5720, Seite 55, gesetzliche wirtschaftliche Hilfe. Der Beitrag für natürliche Personen bewegt sich im Rahmen von 3.3 bzw. 3.6 Mio. Franken und auf der nächsten Seite sehen wir die Beträge im Asylwesen. Unter 5730.5637 werden die grossen Beträge erklärt. Die Rechnung 2018 schloss bei rund 1.3 Mio. Franken. Das Budget 2019 war Fr. 300'000.-- weniger, bei 1 Mio. Franken und jetzt wird für 2020 1.3 Mio. Franken budgetiert. Mir ist bewusst, dass es sich um einen Kostenersatz des Bundes handelt, welchen wir zurück erhalten, daher kann man hier schon etwas jonglieren. Ich finde aber, man darf hier trotzdem nicht jonglieren, denn es stehen Leute dahinter, es sind Massnahmen dahinter, nicht einfach Geld, das mal gesprochen wird, mal nicht, mal hat man es, mal nicht, sondern es sollten Massnahmen dahinter sein, dass das nicht passiert. So dass alle Personen die Möglichkeit bekommen, wirtschaftlich selbstständig zu werden. Es gibt verschiedene Gruppierungen, wir werden es nicht schaffen alle wirtschaftlich selbstständig zu machen, aber wir sollten es versuchen. Wir müssen verantwortungsbewusst mit diesem Geld umgehen und dann wundert es mich, wenn es dermassen fluktuiert. Dies hinterlässt bei mir den Eindruck, dass nicht besonders verantwortungsbewusst damit umgegangen wird. Wie sind diese Schwankungen zu Stande gekommen?

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Die Flüchtlingszahlen schwanken stark. Man muss diesen Anträgen, welche wir jeweils bekommen, sofort Rechnung tragen und diese Beträge zur Verfügung stellen. Danach können diese beim Kanton rückgefordert werden. Das bedeutet ein auf und ab, aber das hat eher mit den Schwankungen der Flüchtlingszahl an sich zu tun als mit einer nicht rücksichtsvollen Sprechung der Be-

träge. Hier ist etwas im Hintergrund, das ich ganz klar zurückweisen muss. Unser Sozialdienst erledigt das immer sofort und bezahlt. Es wird nicht zurückbehalten. Es ist einzig von den Schwankungen abhängig.

Frau Tatjana Lambrinouidakis: Dann geht man also davon aus, dass es im 2019 auf rund 1 Mio. Franken kommt und im 2020 auf 1.3 Mio. Franken, das heisst die Flüchtlingszahlen nehmen in der Gemeinde Buchs um rund 1/3 zu. Differiert zur bundesweiten Prognose.

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Aufgrund der Abnahme 2019 rechnet man im 2020 eher wieder mit mehr. Aber nicht weil wir etwas zurückbehalten haben.

INVESTITIONSRECHNUNG

Die Diskussion wird nicht verlangt.

STEUERFUSS

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Antrag

Das Budget 2020 sei zu genehmigen und der Steuerfuss auf 108 % (wie bisher) festzusetzen.

Abstimmung

Dem Budget mit einem Steuerfuss von 108 % wird mit 35 : 0 (2 Enthaltungen) zugestimmt. Dieser Beschluss unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Postulat von Heidi Niedermann, CVP, betreffend Vernetzung auf der Plattform Crossiety (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)

Frau Heidi Niedermann reichte am 18. Juni 2019 das Postulat betreffend Vernetzung auf der Plattform Crossiety ein und begründet diese wie folgt:

Ich zähle mich absolut nicht zu den "digital über alles" überzeugten Menschen, trotzdem hat mich die Plattform "Crossiety" überzeugt. Wie ihr in meinem Postulat sicherlich gelesen habt, geht es im digitalen Dorfplatz von Crossiety vor allem darum, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner eines Dorfes, und allenfalls auch einer Region, auf einfache Art, unter hohem Datenschutz, digital vernetzen können und dadurch der persönliche Kontakt im Alltag gefördert werden kann. Der digitale Dorfplatz unterscheidet sich in wesentlichen Punkten grundlegend von herkömmlichen sozialen Netzwerken wie Facebook. Crossiety fokussiert sich klar auf das lokale Zusammenleben, verzichtet auf Werbung und garantiert einen hohen Datenschutz. Der digitale Dorfplatz kombiniert ideal die Möglichkeiten der sozialen Medien mit den lokalen Bedürfnissen. Ich bitte euch daher, das vorliegende Postulat zugunsten einer nachhaltigen Stärkung des lokalen Zusammenlebens zu unterstützen und an den Gemeinderat zu überweisen.

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, die Vernetzung der Gemeinde Buchs auf der Plattform "Crossiety" näher zu prüfen und dem Einwohnerrat einen entsprechenden Vorschlag mit Kostenfolgen vorzulegen.

Diskussion

Herr Reto Fischer: Crossiety klingt gut, ich habe mir das Ganze angeschaut, aber ich muss sagen, dass Facebook und alle anderen Plattformen, die es schon gibt, dasselbe erfüllen. Man kann chatten, es gibt die Rubrik Neuigkeiten und eine Agenda. Wer heutzutage vernetzt ist, nutzt die gängigen Methoden. Ob noch jemand auf diese Plattform zugreift, wage ich zu bezweifeln. Grundsätzlich ist es sicher keine schlechte Idee, aber ich weiss nicht, ob es zeitgemäss ist, heutzutage eine zusätzliche Plattform ins Leben zu rufen, bzw. aufs Handy zu laden, wenn man bereits diejenigen hat, auf denen man weiss, dass man gut verknüpft ist und seine Kontakte hat und einstellen kann was man braucht.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Abstimmung

Das Postulat wird dem Gemeinderat mit 30 : 6 Stimmen (1 Enthaltung) überwiesen.

Beantwortung der Anfrage von Martin Gysi, EVP, betreffend Schleichverkehr Bahnstrasse infolge Baustelle Gysistrasse durch Gemeindeammann Urs Affolter

Herr Martin Gysi, EVP, reichte an der Einwohnerratssitzung vom 18. Juni 2019 eine Anfrage ein.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Da ich an der letzten Sitzung den präzisen Stand des Projekts "Erhöhung des Durchfahrtswiderstand im ganzen Quartier zwischen Aarauer-/Mitteldorf- und Tramstrasse" nicht nennen konnte, hier der aktuellste Stand des Projekts: Susanna Lehmann hat mich vorhin darüber informiert, dass der Gemeinderat Suhr dem Signalisationskonzept heute zugestimmt hat. Wir bekommen den Entscheid nächste Woche noch schriftlich. Die Zustimmung des Kantons ist noch ausstehend. Danach können wir die Signalisation öffentlich auflegen, es gibt ein Einwendungsverfahren und anschliessend wird das Projekt umgesetzt. Da wir diese Projekte nicht eigenständig umsetzen können, dauern sie immer eine gewisse Zeit. Wir sind überzeugt, dass diese Signalisation Auswirkungen haben wird, da es viele Leute gibt, die sich an die gesetzlichen Vorschriften halten und dann nicht mehr dort durchfahren. Für die anderen werden stichprobenweise Kontrollen durchgeführt.

Herr Martin Gysi: Ich schliesse daraus, dass das ganze Quartier komplett mit Zubringerdienst versehen wird. Wir haben ja noch andere Massnahmen besprochen als Alternativen dazu, aber es geht um den Zubringerdienst.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Es geht um das Ganze aber auch um die Einzelmassnahme am "Stutz" Steinfeldstrasse, wo diese Massnahme trotzdem noch umgesetzt wird.

Es wird keine weitere Diskussion gewünscht.

Diese Anfrage ist damit beantwortet.

Eingänge**Motion von Reto Fischer, Parteilos, betreffend Buchser Mitarbeit für ein polysportives Zentrum inkl. Fussballstadion auf der Obermatte**

Herr Reto Fischer reicht folgende Motion ein:

Antrag

Der Gemeinderat ist eingeladen, gemeinsam mit der Stadt Aarau, ein polysportives Zentrum zu lancieren und zu projektieren, welches auf die Obermatte zu stehen kommen soll. Darin soll ein zumindest ein Challenge League-, bei Bedarf Super League-taugliches, Fussballstadion vorgesehen werden. Zur Erschliessung der Obermatte soll eine ordentliche oder ausserordentliche SBB-Haltestelle "Rohr-Buchs" angestrebt und geprüft werden.

Begründung:

Die Obermatte, auf dem Buchser Gemeindegebiet direkt an der Grenze zur Stadt Aarau, liegt in der Zone für öffentliche Bauten. Sportliche Infrastrukturen sind dort also zonengerecht.

Die Einwohner- und Ortsbürgergemeinde Aarau sind im Besitz der Obermatte. Im Investitionsplan der Stadt Aarau ist ersichtlich, dass die Stadt Aarau dort Millionenbeiträge für die Jahre 2021 und ab 2023 vorgesehen hat für den Bau von Tennis- und Basketballhallen und einer 3-fach-Sporthalle, die auf der Obermatte zu stehen kommen sollen. Eine Überbauung ist damit vom Grundbesitzer schon zum heutigen Zeitpunkt vorgesehen und eingeplant, unter anderem auf Kosten der bisherigen Schrebergärten.

Die Machbarkeitsstudie der Stadt Aarau von 2007 hat ergeben, dass auf der Obermatte ein Super League-taugliches Stadion möglich ist und auch Platz hat. Es wurde damals in der Einwohnerratsbotschaft als realisierbares Projekt geschildert, das Projekt unterlag jedoch im Aarauer Parlament dem damaligen Projekt Torfeld Süd. Ein Stadion auf der Obermatte kann gemäss der Machbarkeitsstudie von 2007 im Boden soweit versenkt werden, dass es nicht höher wäre als die Häuser am Buchser Obermattweg, da diese auf einem danebenliegenden Hügel liegen. Auf drei von vier Seiten der Obermatte liegen zudem keine weiteren, grossen Wohnsiedlungen, sondern Suhre, Aaretalstrasse und Eisenbahnlinie.

Das jetzige Projekt Torfeld Süd, direkt an der Grenze zu Buchs gelegen, hat m. E. Auswirkungen auf Buchs: Ein Fussballstadion mit vier Hochhäusern beeinträchtigt die Wohnqualität der angrenzenden Häuser auf Buchser Boden langfristig. Darum und im Sinne der Standortattraktivität der Region Buchs/Aarau/Rohr, sowie einer aktiven Jugendarbeit, welche eng mit der Juniorenabteilung des FC Aarau verbunden ist, sind Alternativen gefragt.

Es ist auch im Interesse der Gemeinde Buchs und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner, dass ein Projekt, realisiert werden kann, welches sich als realisierbare Alternative präsentiert, die auf der Obermatte sicherlich bessere Chancen hat, zeitnah gebaut werden kann und nicht mit einer kommerziellen Mantelnutzung versehen ist, sondern sogar, wie ursprünglich einmal geplant, mit anderen und weiteren Sportnutzungen realisiert werden kann. Dies direkt neben der heutigen Sportschule Aarau-Buchs.

Mit besten Dank für die Behandlung der Motion.

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Motion von Werner Schenker, Grüne Buchs, betreffend Bäume für Buchs im öffentlichen Raum**

Herr Werner Schenker reicht folgende Motion ein:

Bäume und im Besonderen grosse, markante Bäume prägen Landschaften, Plätze und ganze Siedlungen. Ein einziger grosser Einzelbaum kann einen ganzen Platz prägen und zum Verweilen einladen. Legendär sind "Dorflinden", die zum Zentrum einer Siedlung werden oder Alleen, die Strassen überdachen.

Vielerorts weichen Grünflächen und damit auch kostbare und charaktervolle Bäume dem Siedlungsdruck: Strassen, Häuser und lieblos gestaltete Plätze und Gärten verdrängen sie aus dem Ortsbild. Viel zu oft werden Bäume ersatzlos gefällt und hinterlassen Lücken und tristes Grau.

Das ist in Buchs nicht anders. Selbst im Inventar der schützenswerten Bäume aufgeführte Einzelbäume entlang der Hauptstrasse sind in einem bedauernswerten Zustand und kämpfen ums Überleben.

Bäume sind Lebensräume

Sie bieten Platz für unzählige Moose, Flechten, Pilze und Tierarten: Vogel, Eichhörnchen und Siebenschläfer finden hier einen Lebensraum. Über hundert Insektenarten können einen einzigen Baum beleben.

Bäume regulieren das Klima

Es ist heutzutage unleugbar, dass sich das Klima erwärmt. In der Zukunft werden die Sommer trockener und heisser. Es ist daher von wesentlicher Bedeutung, Massnahmen zu ergreifen, um die Situation zu verbessern. Die Bäume spielen eine wichtige Rolle als Klimaregulatoren. Sie spenden Schatten und produzieren Luftfeuchtigkeit, zwei kühlende Faktoren. Sie verbessern die Luftqualität, indem sie Feinstaub aufnehmen und CO₂ in Sauerstoff umwandeln.

Bäume stehen symbolisch für Langlebigkeit und Reichtum

Früher pflanzten Bauern für jedes neugeborene Kind einen Baum. Bäume brauchen Jahrzehnte um ihre volle Grösse zu erreichen, leben dann aber im besten Fall hunderte von Jahren. Wenn wir heute einen Baum pflanzen, werden unsere Kinder und Kindeskinde davon profitieren können. Es ist ein Geschenk, das wir zukünftigen Generationen machen können.

Ich betrachte es als Pflicht, heute die Bäume von morgen zu pflanzen und so lebenswerte grüne Zukunft zu ermöglichen. Damit setzen wir ein wichtiges Zeichen, dass uns unsere Gemeinde und das Wohl der zukünftigen Generationen am Herzen liegen.

Motion

Es sei jedes Jahr mindestens ein Baum im öffentlichen Raum zu pflanzen, der sich zu einem markanten und ökologisch wertvollen Einzelbaum oder Alleebaum entwickeln wird. Der Schutz und die Pflege seien zu gewährleisten. Bei der Auswahl ist auf einheimische und standortgerechte Bäume zu achten. Dabei ist den sich ändernden Umwelteinflüssen Rechnung zu tragen. Die Kosten seien zu budgetieren.

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Motion von Werner Schenker, Grüne Buchs, zu einer auf Fakten basierenden Aufgaben- und Finanzplanung**

Herr Werner Schenker reicht folgende Motion ein:

Der Investitionsplan der Gemeinde Buchs sieht bis ins Jahr 2028 Investitionen in Schulbauten von 37 Mio. Franken vor: Neubauten, Umbauten, Renovationen, Umnutzungen. Sollte dies tatsächlich so umgesetzt werden, führt dies zusammen mit weiteren Investitionen zu einem zu erwartenden Schuldenberg von 55 Mio. Franken für das Jahr 2029 für die Gemeinde Buchs. Das ist sehr schwer vertretbar. Als Politiker muss man sich ein Bild zur zu erwartenden Entwicklung machen können um frühzeitig planen und argumentieren zu können. Im Falle der Schulraumplanung ist das nicht möglich. Das seit langer Zeit immer wieder versprochene Schulraumkonzept steht auch dieses Jahr bei der Diskussion des Budgets nicht zu Verfügung. Gerüchte und Wunschdenken gibt es allerdings zur Genüge. Auf dieser Basis ist eine zielführende Diskussion zu Ausgaben zur Schule, zu Investitionen und damit zum Budget nicht wirklich möglich. Bei dieser Diskussion sind insbesondere folgende Fragen von zentraler Bedeutung

- Wie steht es mit der Prognose zu den Schülerzahlen?
- Wie viele Schulhäuser und Turnhallen sollen entstehen?
- Wie werden bestehende Schulhäuser genutzt oder umgenutzt?
- Wo gehen die Schüler des Aeschbachquartiers zur Schule?
- Wie soll das vom Schulraum her funktionieren, wenn alle Oberstufenschulhäuser stufendurchmischte sein sollen?
- Wer baut in den beiden (drei) Gemeinden die Schulhäuser für wen?

Ein Schulraumkonzept muss diese Fragen dringend beantworten und ist für eine seriöse Finanz-Planung unabdingbar. Es liegt aber der diesjährigen Aufgaben- und Finanzplanung und insbesondere der Investitionsplanung der Gemeinde Buchs nicht zu Grunde

Motion

Der Investitionsplan Aufgaben- und Finanzplanung entbehrt aufgrund des fehlenden Konzepts bei der Schulraumplanung der nachvollziehbaren und offiziellen Grundlage. Der Gemeinderat wird aufgefordert, eine auf Fakten basierende Aufgaben- und Investitionsplanung vorzulegen damit eine langfristige Finanz- und Schuldenplanung möglich wird. Dazu hat er seinen politischen Einfluss geltend zu machen und das längst versprochene Schulraumkonzept der KSAB einzufordern. Das Konzept ist unverzüglich dem Einwohnerrat vorzulegen.

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Postulat von Thomas Meier, SP, betreffend Standortbestimmung in Bezug auf eine Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs**

Herr Thomas Meier reicht folgendes Postulat ein:

Postulat

Der Gemeinderat analysiert die Voraussetzungen und das Verfahren einer möglichen Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs und er erstellt im Hinblick auf eine Auflösung eine umfassende Standortbestimmung insbesondere in Bezug auf den Umfang einer Vertragslösung, die Schulraumplanung, die Einführung der integrativen Schule und die Neuorganisation der schulergänzenden Tagesstrukturen.

Begründung

Gemäss der Aargauer Zeitung vom 26. September 2019 sowie der entsprechenden Medienmitteilung des Zukunftsraums Aarau plant die Projektsteuerungsgruppe des Zukunftsraums Aarau, die Kreisschule Aarau-Buchs aufzulösen und die Schule in die Verwaltung zu integrieren, sofern die Schulpflegen im Aargau abgeschafft werden und sofern eine Fusion zustande kommt; von Seiten des Zukunftsraums Aarau ist unserer Gemeinde eine Zusammenarbeit auf Vertragsbasis in Aussicht gestellt worden. Allerdings sind bereits die Voraussetzungen für eine Auflösung der Kreisschule unklar. So ist gemäss § 34 der Satzungen der Kreisschule Aarau-Buchs ein Austritt aus dem Verband aus wichtigen Gründen frühestens nach zehn Jahren möglich. Demgegenüber ist eine Verbandsauflösung gemäss § 35 der Satzungen mit der Zustimmung der Mehrheit der Verbandsgemeinden sowie des Regierungsrats möglich, wobei in § 35 der Satzungen keine Mindestdauer von zehn Jahren vorgeschrieben ist. Es fragt sich, ob das Verlassen des Kreisschulverbands durch Aarau einen Verbandsaustritt darstellt oder ob dies als Verbandsauflösung zu qualifizieren ist, weil aktuell nur zwei Gemeinden dem Verband angehören und der "Austritt" von Aarau gleichzeitig die Auflösung des Verbands zur Folge hat. Es sind deshalb insbesondere folgende Fragen abzuklären:

- Wird ein Austritt Aaraus aus der Kreisschule Aarau-Buchs als Verbandsaustritt oder als Verbandsauflösung qualifiziert?
- Stellen die seit langem absehbare Abschaffung der Schulpflegen im Kanton Aargau sowie eine Fusion von Aarau mit einer umliegenden Gemeinde einen wichtigen Grund für einen Verbandsaustritt dar?
- Welche Haltung nimmt der Gemeinderat gegenüber einer möglichen Auflösung des Verbands ein?
- Welches Gremium wird in der Gemeinde Buchs für den Entscheid über eine Verbandsauflösung zuständig sein?
- Unter welchen Voraussetzungen könnte der Regierungsrat einer Auflösung der Kreisschule zustimmen?

Eine Auflösung der Kreisschule hat einen bedeutenden Einfluss auf unsere Gemeinde. Der Gemeinderat hat insbesondere für folgende Aspekte eine Auslegeordnung vorzunehmen:

- Umfang der Vertragslösung: Strebt der Gemeinderat eine Vertragslösung mit der Stadt Aarau lediglich für die Sekundarstufe I an oder auch für die Vorschul- und Primarstufe?

- Schulraumplanung: Die Kreisschule Aarau-Buchs nimmt die Schulraumplanung vor. Die Kosten für eine Erweiterung einer Schulanlage sind erheblich und beeinflussen den Investitionsplan unserer Gemeinde bedeutend. Es ist deshalb eine Auslegeordnung vorzunehmen, welche Folgen eine Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs auf die Schulraumplanung und damit auch auf den Investitionsplan unserer Gemeinde hätte.
- Integrative Schule: Die Kreisschulpflege hat gegen den Willen eines grossen Teils der Buchser Lehrpersonen die Einführung der integrativen Schule beschlossen. Es ist deshalb zu beurteilen, ob die Einführung der integrativen Schule wie geplant sinnvoll ist, wenn in der Folge die Kreisschule aufgelöst werden soll.
- Neuorganisation der schulergänzenden Kinderbetreuung: Die schulergänzende Kinderbetreuung ist überwiegend auf der Vorschul- und Primarstufe von Bedeutung, wobei sich eine allfällige vertragliche Kooperation nach einer Auflösung der Kreisschule möglicherweise auf die Sekundarstufe I beschränken würde. Es ist deshalb zu beurteilen, ob die Erkenntnisse, die im Rahmen des Projekts Neuorganisation der schulergänzenden Kinderbetreuung gewonnen werden, für Buchs nutzbar sind, wenn die Kreisschule Aarau-Buchs aufgelöst und Buchs eine eigenständige Vorschul- und Primarstufe führen würde.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Anfrage von Reto Bianchi, GLP, betreffend Zukunft der Schule KSAB in Zusammenhang mit dem Zukunftsraum Aarau**

Herr Reto Bianchi reicht folgende Anfrage ein:

Heute konnten wir in der AZ lesen was bei einer Fusion im Zukunftsraum auf die Kreisschule Aarau - Buchs zukommt.

Folgende Fragen möchte ich gerne beantwortet haben:

1. Wird die Gemeinde Buchs, wenn es zu einer Fusion im Zukunftsraum mit den umliegenden Gemeinden kommt, eine Vertragslösung anstreben oder wird die Schule Buchs wieder eigenständig werden?
2. Heisst das, dass unsere Sport- und Bezirks-Schule abwandert in die KSA, wenn die Schule Buchs wieder selbständig geführt wird?
3. Ist es unter diesen Umständen sinnvoll, die Übertragung der Tagesstrukturen auf die KSAB zu prüfen?
4. Kann unter diesen Voraussetzungen eine richtungsweisende Schulraumplanung vorgenommen werden, wenn wir nicht genau wissen wohin die Kreisschule Aarau-Buchs steuert?

Herr Reto Bianchi: Der Bericht in der Zeitung hat mich aufgeschreckt und motiviert, diese Anfrage zu stellen. Wie geht es weiter, wenn allenfalls in 3 Jahren der Austritt kommt, weil sich im 2023 zwei Gemeinden im Zukunftsraum zusammenschliessen? Was heisst das für uns? Was sind das für Finanzierungsfragen? Schulraumplanungsfragen? Wollen wir Fr. 70'000.-- für ergänzende Massnahmen bei der Betreuungssituation?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Ich möchte auf die Fragen eingehen. Ich werde nicht der Reihe nach gehen, sondern grundsätzlich etwas zu diesen Themen sagen und gehe davon aus, dass dann deine Fragen beantwortet sind.

Du stellst dem Gemeinderat Fragen zum Fortbestehen oder zur Auslösung des Gemeindeverbands Kreisschule Aarau-Buchs, dies aufgrund der Presseinformation zum Projekt Zukunftsraum. Die Fragen sind absolut berechtigt und richtig. Der Gemeinderat hat sich unter anderem dieselben Fragen auch gestellt und hat besprochen, dass es sinnvoll ist, die Situation Ende 2020 zu analysieren und danach zu sagen, was es braucht und wie es aussieht.

Warum?

Im kommenden Jahr (Frühling bis Winter) werden die Gemeindeversammlungen und Einwohnerräte der Gemeinden des Zukunftsraums darüber befinden, ob sie als Gemeinde im Zukunftsraum beginnen wollen, die Umsetzungsphase zu planen. Das heisst aber noch nicht, dass mit diesem Beschluss der Zukunftsraum von heute auf morgen da ist. Man plant dann, wie man das Ganze angehen will. Das könnte stufenweise, parallel, zeitlich gestaffelt usw. sein. Es ist auch möglich, dass nach den Gemeindeversammlungen und Einwohnerratssitzungen noch das Referendum ergriffen wird. Deshalb wird es von da an noch eine gewisse Zeit dauern, bis man weiss, wie dieser Zukunftsraum aussehen könnte, wie die

Parameter sind und welche Gemeinden dabei sind und welche nicht. Bis zum Startschuss des Zukunftsraums geht es dann nochmals eine gewisse Zeit. Wir sind der Meinung, dass wir uns erst Gedanken machen sollten, wenn wir "Hard-Facts" haben und abschätzen können, was das für Buchs bedeuten könnte und dann eine sachliche Diskussion führen, um Entscheide fällen zu können.

Die aktuelle Situation ist, dass die Kreisschule Aarau-Buchs bis 2028 bestehen wird. Das steht im Vertrag und ich habe gestern mit Stadträtin Franziska Graf Kontakt aufgenommen und mich abgesichert, dass die Stadt dies gleich sieht. Wenn also einige Sachen vielleicht schon vorher aufgegleist werden, wird die Schule trotzdem so beibehalten. Stand Mittwoch 17. Oktober 2019 nach Rücksprache mit der Stadträtin.

Die gemeinsame Schulraumplanung macht Sinn, ob der Zukunftsraum kommt oder nicht. Wir müssen planen, wir haben Schülerzahlen, wir haben Kinder die schon geboren sind, andere, die noch geboren werden, das sind Zahlen die die Schule hat. Zusammen mit der Schule und der Stadt Aarau sind wir an der Planung, wie das aussehen könnte. Wir haben eine Hausaufgabe gemacht, in dem wir nun das Risiacherschulhaus bauen. Das werden wir in jedem Fall brauchen. Bis ein Entscheid fällt, was die Oberstufe anbelangt, ob und wie viel es braucht, das wird - was uns betrifft - nicht vor Herbst passieren. Die erste Frage die geklärt werden muss, ist: "Was passiert mit dem Oberstufenschulhaus Aarau (OSA)?" Weil das OSA 2028 ausser Betrieb genommen wird (es ist danach baulich als Schulraum nicht mehr nutzbar). Aarau ist intensiv an Gesprächen zu den Fragen "Wie kann es ersetzt werden?", "Wo kann es ersetzt werden?", "Wie gross ist der Ersatz?" Das könnte, wenn der Zukunftsraum nicht kommt, Konsequenzen auf unsere Investitionen haben. Diese Fragen werden intensiv behandelt. Wir warten auf den Entscheid. Es ist der Job der Stadt Aarau diesen Schulraum zur Verfügung zu stellen. Was zusätzlich an Schulraum gebraucht wird, und dieser wird gebraucht, weil es im gesamten Einzugsgebiet der Kreisschule mehr Schüler geben wird, muss dann zusammen geprüft werden. Dann kann die Diskussion wo und was gebraucht wird geführt werden. Die Schülerzahlen sind vorhanden, und aufgrund dieser Zahlen wird dann eruiert, wo und was Sinn macht. Falls der Zukunftsraum kommt, haben wir daraus auch Zahlen, aufgrund deren wir uns überlegen können, wie wir unsere Schule aufstellen. Ich finde, in 3 - 4 Jahren haben wir konkrete Zahlen und die Frage ob es eine Oberstufe in Buchs geben wird oder nicht, muss man dann auch nochmals stellen. Im Moment hier reinzuschliessen bringt nichts, es kostet uns nur Nerven. Es braucht einfach noch Geduld und Durchhaltewillen, bis diese Fakten auf dem Tisch liegen. Ich garantiere euch, dass der Gemeinderat dann handeln und Vorschläge bringen wird. Und egal was dann passiert, Auflösung oder neuer Vertrag, der Einwohnerrat hat das letzte Wort.

Zum Thema Tagesstrukturen: Aktuell läuft die Bedarfserhebung. Wir wissen noch nicht, was das Bedürfnis ist und was die Leute wollen. Die Bedarfserhebung ist der allererste Schritt, dafür haben wir auch den Kredit gesprochen. Egal, ob Zukunftsraum ja oder nein, wir brauchen diese Zahlen so oder so. Wir brauchen Informationen über den gesamten Schulraum. Aber wir werden auch darauf achten, dass wir die Infos für Buchs erhalten. Dies hilft uns dann auch wieder, wenn wir eine Schule Buchs aufstellen müssen, sollte der Zukunftsraum kommen. Diese Bedarfserhebung haben wir nicht, auch die Schule hat sie noch nicht. Es ist neues Wissen, das wir erwerben und deshalb macht es Sinn weiter zu machen. Aus der Bedarfserhebung würde dann ein Entscheid kommen, der sagt, wie es weiter gehen soll. Bis diese Erhebung gemacht ist, werden wir wissen, wie der Zukunftsraum aussehen wird. Wir werden wissen, ob es die Kreisschule noch gibt oder nicht. Und dann kommt der Entscheid - und wenn das noch nicht der Fall wäre, würde ich die Bremse ziehen, weil ich das wissen will, bevor wir entscheiden, welchen Auftrag wir der Kreisschule geben in diesem Thema. Ziel ist es ein Auftrag zu formulieren und der Kreisschule diesen Auftrag zu übergeben - wir finanzieren ja die Tagesstruktur - diese werden dann der Schule zur Ausführung übergeben - aber nach unseren Kriterien und Gesichtspunkten. Auch dort hat der Einwohnerrat das letzte Wort. Er kann dazu Stellung nehmen und am Schluss die ganze Sache abblasen, wenn er sagt "Zukunftsraum ohne Buchs", alle anderen Gemeinden sind dabei, dann brauchen wir das in der Kreisschule nicht, weil wir da ja nicht mehr dabei sind. Das wäre logisch und verständlich, da müssten wir nicht

mehr Geld ausgeben, wenn wir nichts davon haben. Aber das Wissen können wir mitnehmen, damit wir uns überlegen können, wie wir unsere Schule aufstellen wollen. Die Tagesstrukturen sind ganz klar Qualitäten einer Schule.

Zu den Themen "Vertragsauflösung anstreben" und "Welche Stufen sollen vertraglich gelöst werden etc.?" Es macht momentan keinen Sinn, diese Fragen zu beantworten, weil wir die Basis mit Informationen nicht haben, um einen sinnvollen Entscheid fällen zu können. Ich stelle jetzt einfach mal die Frage, was passiert wenn Suhr nicht im Zukunftsraum mitmacht? Das könnte für uns auch neue Optionen eröffnen. Deshalb brauchen wir Entscheidungen, damit wir für uns überlegen können was - auch finanziell - sinnvoll wäre. Braucht es dann noch Investitionen, die wir nun längerfristig geplant haben, oder eben nicht?

Für mich ist wichtig, dass wir das ganze Geschehen aus der Distanz kritisch beobachten und dass wir eine gewisse Ruhe und einen kühlen Kopf bewahren. Dass wir Entscheide treffen müssen ist klar, aber aktuell können wir das nicht. Ich jedenfalls könnte solche Entscheide zum jetzigen Zeitpunkt nicht verantworten. Ich gebe hier - auch für meine Kollegen - das Versprechen ab, dass wir darauf vorbereitet sein werden und der Einwohnerrat wird absolut ein wichtiges Wort mitreden können und bestimmen können, wie es aussehen wird.

Aktuell ist es so - ich denke dabei an die Mitarbeitenden der Kreisschule - dass man vom Aktionismus, welcher momentan zum Teil herrscht, etwas befremdet ist. Wichtig für die Mitarbeitenden ist, dass sie den Weg nun ruhig weiter gehen können und dass sie arbeiten können. Denn die Qualität an welcher wir nun arbeiten, die wir versuchen einheitlich weiterzuentwickeln, ist ein Dauerthema der Schule. Sie ist auch wichtig, wenn danach eine Schule Buchs entsteht. Es sind Sachen, die wir mitnehmen können. Es ist kein verlorener Aufwand und keine verlorene Energie. Die Schule sieht anders aus, aber die Dienstleitung im Schulzimmer bleibt identisch, nämlich Bildung zu vermitteln. Die Schulqualität ist das eine, der Lehrplan 21 muss umgesetzt werden, egal wie es mit der Schule weiter geht. Ich finde die Politik kann nun mithelfen, dass die Schule einen guten Job machen kann, wenn sie selbst die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt auf den Tisch bringt. Dann kann sachlich diskutiert und sachlich entschieden werden.

Herr Thomas Meier: Wann wurde der Gemeinderat und wann wurdest du Toni über diesen Entscheid informiert? Wie habt ihr reagiert? Was habt ihr da bereits gemacht? Was war die Reaktion?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Ich bin in der Arbeitsgruppe dabei, welche an diesem Thema zum Teil gearbeitet hat. Ich habe unsere Anliegen eingebracht. Ich habe dort festgestellt - sehr subjektiv betrachtet - dass man sehr konservativ denkt und die Formen eher zurückweist. Im Sinne, dass es aktuell 3 oder 4 gute Schulen gibt, welche weiter bestehen sollen. Es war auch die Frage im Raum, warum nicht die Kreisschule erweitern? Das wollte man explizit nicht. Urs Affolter und ich wurden von der Projektleitung offiziell eingeladen und wurden informiert, bevor die Pressemitteilung raus ging. Das war im Juni oder Juli. Ich habe den Gemeinderat laufend über die Themen informiert, welche gerade anstanden. Ich versuchte mich einzubringen, bin aber nicht stimmberechtigt. Meine Meinung wurde angehört, aber diese Pressemitteilung wurde vom Projektteam vorbereitet. Wir mussten sie schlussendlich zur Kenntnis nehmen und uns unsere Gedanken dazu machen.

Herr Thomas Meier: Du hast die Fachgruppe angesprochen. Ich gehe davon aus, dass es sich um den "Zwischenbericht Fachgruppe Schulwesen, Schulorganisation und Schulraumplanung" handelt. Ich habe gesehen, dass du dort dabei bist. Wie lange ist diese Fachgruppe schon am planen? Ich sehe ein 21-seitiges Dokument mit diversen Szenarien und Varianten die studiert wurden. Es wurden Abklärungen getroffen. Ich gehe davon aus, dass dies nicht innert einem Nachmittag passiert ist.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Rund ein Jahr. Nächste Woche ist die 5. oder 6. Sitzung. Die einzelnen Themen wurden an diesen Sitzungen bearbeitet und der Projektsteuerung weitergeleitet. Diese haben danach Rückmeldung gegeben oder abgesegnet. Nun geht es darum, dass Fragen in der Planung noch konkreter behandelt werden.

Herr Reto Fischer: Ist es richtig, dass man in der Planung der Schulfusion der Kreisschule KSAB das Thema Auflösung nie angesprochen hat.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Nein, wir wussten damals noch nicht, wer wie lange im Zukunftsraum mitmacht. Wir machten uns Gedanken über eine allfällige Erweiterung der Kreisschule im Zusammenhang mit dem Zukunftsraum. Jetzt hat sich das Projekt Zukunftsraum jedoch dahingehend entwickelt, dass man sagt, aus der Schule soll eine Verwaltungseinheit gemacht werden. Es soll ein Departementschef geben - der zuständige Stadtrat. In diesem Bericht ist aufgelistet, wie man sich die Organisation vorstellen könnte. Danach gibt es Verwaltungsabteilungen mit den Schulleitern usw. Hauptgrund sind die hohen Kosten, die die Schule im Rahmen des Gesamtbudgets generiert. Man wollte diese Organisation mit einem Stadtrat ausstatten, damit künftig der Einwohnerrat mitreden kann. Heute wird ja kritisiert, dass der Einwohnerrat zum Schulbudget nichts sagen kann, weil dies der Kreisschulrat macht. Man will das Schulbudget neu im Gesamtbudget haben.

Herr Reto Fischer: Eine subjektive, persönliche Meinung von mir ist, dass ich finde, es wurde etwas kurzfristig gedacht. Wenn man bedenkt, dass sich sowohl für den Zukunftsraum als auch für die Schulfusion zwei Arbeitsgruppen regelmässig treffen - gewisse Leute sind in beiden Arbeitsgruppen vertreten - und man kommt bis nach beiden Abstimmungen nicht auf die Idee, dass auch die Schule in 2 bis 3 Jahren betroffen sein könnte. Und nun müssen wir quasi reagieren, sollte es dann wirklich so kommen. Wie du sagtest, es kann sein, dass Suhr oder Entfelden nein sagen und dann wieder alles anders aussieht. Aber Stand heute müsst ihr offen sein, um auf alle möglichen Szenarien reagieren zu können.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Genau. Und die Sitzungen zur Kreisschule liefen nicht parallel zum Zukunftsraum. Sonst wären wir die Sache vermutlich etwas anders angegangen.

Herr Ueli Frey: Hättest du als Mitglied des Zukunftsraums mitstimmen können?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Ja, dann wären wir in allen Kommissionen stimmberechtigt dabei.

Herr Thomas Meier: Die Fachgruppe kommt seit rund einem Jahr zusammen und hat die Sache durchgedacht und kam nun zu diesem Ergebnis. Im Zeitungsartikel vom 22. Mai ging es um die Abschaffung der Schulpflegen. Du bist auf dem Bild. Der Header lautet: "Wie wirken sich Alex Hürzelers Pläne auf die Kreisschulen aus? Ausser den Begriffen ändert sich wenig, dass bestätigt Anton Kleiber." Wäre es nicht angebracht gewesen, zu sagen, dass wir es noch nicht wissen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Wir wissen es, das wurde abgeklärt. Das Thema war auf dem Tisch, wir gingen davon aus, dass das kommen würde. Die Kreisschule könnte auch ohne Schulpflege bestehen bleiben. Die Schulpflege bekäme dann eventuell den Namen Schulvorstand. Von der Funktion her könnte sie genau gleich funktionieren, wäre einfach eine vom Kreisschulrat eingesetzte Schulkommission. Das könnte sich eine Gemeinde bei der Abschaffung der Schulpflegen auch überlegen, dass man eine Schulkommission einsetzt, um gewisse Sachen zu behandeln und für den Gemeinderat zu erledigen. Wir haben auch Kommission wie die Einbürgerungskommission, die Aufgaben vom Gemeinderat delegiert erhalten haben. Das wurde abgeklärt.

Herr Thomas Meier: Dass möglich ist, was hier steht, glaube ich sofort. Aber ich stelle eine gewisse Diskrepanz zur heutigen Situation fest, wenn sich dort schon abgezeichnet hat, dass möglicherweise die Schule aufgelöst wird. "Ausser den Begriffen ändert sich wenig."

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Es ging ja nicht um den Zukunftsraum, sondern um die Schulpflegen. Dann gebe ich auch auf diese Fragen Antwort. Im Zukunftsraum haben wir jetzt Resultate, das hat sich in einem Jahr nun herauskristallisiert. Das war nicht von Anfang an klar.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Joel Blunier, EVP, betreffend Förderung des ehrenamtlichen politischen Engagements**

Herr Joel Blunier reicht folgende Anfrage ein:

Förderung des ehrenamtlichen politischen Engagements

Am 13. September 2019 hat die "IG Bärenplatz für alle" den Anlass "Vollmond-Abend auf dem Bärenplatz" organisiert und durchgeführt. Für Benutzung des Platzes wurde der IG seitens der Gemeindeverwaltung Mietkosten in der Höhe von Fr. 150.-- in Rechnung gestellt. Ein Gesuch um Erlass der Mietkosten für sieben Festbankgarnituren wurde vom Gemeinderat mit der Begründung abgelehnt, dass es sich um eine politische Aktion handle.

Ungeachtet dessen, ob man sich persönlich für eine private Überbauung oder eine öffentliche Nutzung des zentralen Dorfplatzes ausspricht, ist es stossend, dass einer zivilgesellschaftliche Gruppierung, die sich für die Entwicklung der Gemeinde Buchs einsetzt, Kosten für ihr ehrenamtliches Engagement auferlegt werden. Wenn politisches oder gesellschaftliches Engagement "bestraft" wird, sinkt allgemein die Bereitschaft, sich in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Folge davon könnten abnehmendes politisches Interesse und zunehmende Rekrutierungsschwierigkeiten für die politischen Ämter der Gemeinde Buchs sein.

Ich bitte daher den Gemeinderat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1) Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, dass öffentliche Anlässe wie z. B. der "Vollmond-Abend auf dem Bärenplatz" das Gemeindeleben bereichert und damit der partei-, religions- und generationsübergreifende Dialog im Dorf gefördert wird?
- 2) Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, dass ehrenamtliches, gesellschaftliches Engagement zum Wohle der Gemeinde Buchs gefördert werden soll?
- 3) Wie gedenkt der Gemeinderat das ehrenamtliche und gesellschaftliche Engagement in der Gemeinde Buchs konkret zu fördern?
- 4) Ist der Gemeinderat bereit, politischen Parteien, Gruppierungen oder Bewegungen mit Sitz in der Gemeinde Buchs die Nutzung öffentlicher Grundstücke und Gemeindeliegenschaften im Rahmen der geltenden Benutzerreglemente kostenlos zur Verfügung zu stellen?
- 5) Ist der Gemeinderat bereit, der "IG Bärenplatz für alle" nachträglich die Mietkosten für die Nutzung des Bärenplatzes zurückzuerstatten?

Herr Joel Blunier: Ich stelle diese Anfrage als Nicht-Mitglied der IG Bärenplatz für alle. Ich war nicht an der Veranstaltung dabei, habe aber im Gespräch mitbekommen, dass die Nutzung des Platzes und die Festbankmiete bezahlt werden musste. Es sind 2 kleine Sachen. Mir ist klar, dass solche Einnahmen für die Selbstfinanzierung des Gemeindesaals gebraucht werden, aber es geht um den tieferen Sinn. Das ehrenamtliche Engagement, welches unentgeltlich in unserer Gemeinde geleistet wird, hat integrativen Charakter und dürfte auch nicht mit Fr. 150.-- "bestraft" werden. Egal von welcher politischen Couleur das kommt. Politisches Engagement ist in unserem Milizsystem wichtig. Wir brauchen schlussendlich auch als Rat in 2 Jahren wieder Leute die bereit sind einzutreten. Leute, die sich für unser Dorf und die Vereine engagieren usw. Es braucht Pflänzchen von Initiativen, die sich im Dorf engagieren. Daher meine Anfrage zur Haltung des Gemeinderats bezüglich des ehrenamtlichen Engagements.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Auch der Gemeinderat steht hinter deinen Schilderungen, dieses Thema beschäftigt unsere Gesellschaft generell. Es ist auch in unserem Interesse Events und Massnahmen zur Förderung einer aktiven Dorfgemeinschaft zu unterstützen. Für uns geht es beim Event der IG Bärenplatz um ein anderes Thema. Wir haben grundsätzlich die Haltung und Praxis, dass politische Parteien und Institutionen sowie politische Aktionen nicht unterstützt werden. Ein Beispiel: Die SVP führte einen Pétanque Anlass durch. Absolut integrativ, im Dialog, bereichernd für das Dorfleben. Hätte die SVP um einen Beitrag zu diesem Anlass gebeten, hätte der Gemeinderat dies abgelehnt. Dass es sich bei der IG Bärenplatz offensichtlich um eine politische Gruppierung handelt, müssen wir nicht diskutieren. Wie haben das Anliegen positiv beurteilt und den Platz zur Verfügung gestellt, einen bevorzugten Tarif bei der Verrechnung angewendet - die WC Anlage nicht verrechnet - und damit Entgegenkommen gezeigt. Die Anfrage, die Festbänke gratis zur Verfügung zu stellen, hat der Gemeinderat abgelehnt, mit der Begründung der Gleichbehandlung, dass politische Aktionen nicht finanziell unterstützt werden. Wir gedenken diese Praxis weiter zu verfolgen. Sonst gibt es eine Ungleichbehandlung. Das Vereinszimmer hier im oberen Stock, kann für sämtliche - auch politische - Aktionen gratis genutzt werden. Wir unterstützen das Engagement der Vereine, kulturelles Engagement z. B. VoteInfo im Zusammenhang mit dem Postulat der SVP, etwas was politisch neutral ist. Aber wir dürfen nicht vergessen, wir geben Steuergelder aus. Wir haben auch MiA unterstützt sowie Bestrebungen zur Stärkung eines Quartiers. Wir sind offen, aber müssen im politischen Bereich eine Gleichbehandlung wahren.

Herr Joel Blunier: Ich sehe das anders. Für mich gibt es noch einen Unterschied zwischen aktiver Zahlung und indirektem Kostenerlass. In diesem Sinne gibt das Putzen der WC's oder das Transportieren der Festbänke schon Kosten, aber die Angestellten des Bauamts sind trotzdem angestellt, sie arbeiten nicht mehr durch den Transport. Hier bin ich der Meinung, dass grösser gedacht werden müsste. Meiner Meinung nach müsste man im Hinblick auf die politische Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung des Gemeinwesens weiter denken. Es handelt sich um symbolische Unterstützungen. Der immaterielle Wert für die Menschen, die sich engagieren, wäre riesengross.

Frau Heidi Niedermann: Ich bin nicht überrascht aber enttäuscht, dass die Aktionen der IG Bärenplatz immer als politische Aktionen benannt werden. Es ist richtig, dass wir durch das ergriffene Referendum gegen die Überbauung, gegen den Verkauf der Teilfläche, politisch gehandelt haben. Aber die Abstimmung - ein Volksabstimmung - bei welcher mehr als 67 % der Buchser Bevölkerung die ablehnende Haltung zum Projekt vertreten hat, dieser Wille sollte respektiert werden. Das einzige Anliegen der IG ist ein Begegnungsplatz in Buchs, welcher diesen Namen verdient. Es ist weder politisch, noch parteipolitisch gefärbt. Personen aller Parteien unterstützen uns. Ich wünschte mir, dass der Gemeinderat dies endlich so akzeptieren könnte. Und ich wünschte mir ein Zusammenkommen mit dem Gemeinderat an einem runden Tisch, um darüber diskutieren zu können. Bisher wurden alle unsere Bemühungen in diese Richtung negativ beantwortet. Ich finde das peinlich. Wir haben statt Fr. 180.-- Fr. 150.-- bezahlt. Die Festbänke wurden uns grosszügigerweise von der reformierten Kirche unentgeltlich zur Verfügung gestellt, wir haben sie aber selber geholt und zurückgebracht. Wir haben sehr viel persönliches Engagement in diese Arbeit der IG investiert. Ich danke Joel Blunier für die Anfrage zum ehrenamtlichen Engagement. Ich wünsche mir wirklich eine sachliche Diskussion mit dem Gemeinderat, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Herr Dieter Stüssi: Es ist kein Geheimnis, ich bin kein Anhänger der IG Bärenplatz. Ich war trotzdem begeistert von diesem Anlass. Man hat bewiesen, dass man ohne Unterstützung der Gemeinde einen Anlass durchführen kann. Und man hat bewiesen, dass der Platz multifunktional nutzbar ist. Sei es als Parkplatz oder als Festplatz. Ich bin froh darum, auch wenn ich nicht dort war (ich war auch nicht eingeladen). Ich bin froh, dass der Gemeinderat gegenüber allen Parteien eine klare Meinung hat. Der Begriff Gemeinwohl ist dehnbar wie Gummi. Würde in Buchs beispielsweise eine AFD entstehen, würde man das

dann auch als Gemeinwohl anschauen? Ich bin froh, dass die Fragen nicht geklärt werden müssen. Es ist klar und gleich für alle.

Herr Marius Fedeli: Ich möchte klarstellen, dass gemäss Gesetz eine Interessensgemeinschaft keine politische Partei ist. Daher verstehe ich nicht, warum das Ganze als politischer Aktionismus eingestuft wird.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Barbara Fäh, Grüne Buchs, betreffend Legislaturziele, Stand der Zielerreichung im Bereich Landschaft/Natur/Artenvielfalt**

Frau Barbara Fäh reicht folgende Anfrage ein:

Anfrage zu Legislaturzielen 2018- 2021:

Stand der Zielerreichung im Bereich Landschaft/Natur/Artenvielfalt (S. 17, Zielsetzungen 18-21)

Stellvertretend für die Grüne Partei Buchs bitte ich um schriftliche Auskunft zu folgenden Fragen:

1. Wie lauten die konkreten und messbaren Zielsetzungen bis 2021 zu:
 - Förderung der naturnahen Artenvielfalt in öffentlichen Anlagen und in Privatgärten
 - Unterstützung der Aktivitäten der Umwelt- und Heimatschutzkommission
 - Initiierung und Durchführung von geeigneten Massnahmen gegen die Verschmutzung der Umwelt
 - Bekämpfung der invasiven Neophyten im Gemeindegebiet
 - Aufwertung des Freiraums entlang der Suhre für Erholungssuchende
 - Einladende Gestaltung von Freiräumen in Quartieren
 - Förderung der Biodiversität soweit möglich im Rahmen der neuen Bau- und Nutzungsordnung?
2. Welche Massnahmen sind wann geplant (Massnahmenplanung)?
3. Welche Massnahmen wurden bereits umgesetzt?

Frau Barbara Fäh: Auch wir Grünen sind interessiert was mit unseren Steuergeldern passiert und zwar in den Bereichen Landschaft, Natur und Artenvielfalt. Konkret geht es um die Legislaturziele. Wir finden in den Legislaturzielen sind Schwerpunktthemen und nicht Ziele aufgeführt. Daher möchten wir die konkreten und messbaren Ziele zu den einzelnen Legislaturzielen wissen. Welche Massnahmen sind wann geplant und was wurde bereits gemacht. Aus dem Budget und Investitionsplan sehen wir nicht was da passiert. Ich habe das Aufgaben- und Pflichtenheft der Umwelt- und Heimatschutzkommission studiert, um herauszufinden, was dort aufgeführt ist. Es ist aus dem Jahre 1995. Auch dort sehe ich nicht viel. Im Budget ist der grösste Posten im Umweltschutz die Umbuchung des Bauamts und das Verbrauchsmaterial.

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Vor einem Jahr haben wir die Legislaturziele abgesehen. Darin sind 19 Ziele definiert. Ein Thema davon sprichst du an. Wir schauen diese Themen jeweils Mitte Amtsperiode an. Dies haben wir aktuell noch nicht im Speziellen gemacht. Nichts desto trotz ist es schön, dass du nicht viele Posten mit Kostenrelevanz gefunden hast. Wir konnten viele Sachen sehr günstig umsetzen. Z. B. haben wir die Artenvielfalt in der Gemeinde ziemlich gehoben. Wir hatten im Sommer an 3 Stellen eine vom Bauamt angelegte Naturflora. Die Rabatte in Richtung Bühl war den ganzen Sommer voller Blumen. Man konnte viele Schmetterlinge und Bienen beobachten. Ich freue mich, dass das Bauamt da mithilft. Bei den Privatgärten hapert es noch. Ich wollte mit meinem Garten ein Beispiel eines naturnahen Gartens präsentieren, jedoch ist niemand gekommen. Ihr seht, alles was wir machen möchten, muss auch entsprechend umgesetzt werden. Auch in der UHK sind immer wieder Unterhaltmassnahmen bei Bäumen und Hecken, die umgesetzt werden. Noch etwas zum Thema Neophyten-Bekämpfung. Dies muss einerseits im eigenen Garten und andererseits im öffentlichen Raum passieren. Dieses Thema beschäftigt uns seit 2007. Unsere Bauamtsgärtner besuchen immer wieder Kurse um Neophyten - vor allem Ambrosia und Feuerbrand - erkennen zu können. Weiter haben wir Stellen mit Jakobskreuzkraut und japanischem Knöterich, welche bekämpft werden. Wir sind hier nicht untätig. Wenn jemand im Privatgarten Hilfe benötigt, kann er sich jederzeit bei Matthias Keller und seinen Mitarbeitenden melden.

Frau Barbara Fäh: Es ist schön zu hören, was ihr alles tut. Unter messbaren Zielsetzungen verstehe ich aber z. B. es werden bis 2021 so viele m² gemäss Biodiversität bepflanzt. Wie viele Anlässe pro Jahr zum Thema Neophyten im eigenen Garten gibt es? Das verstehe ich unter konkreten Zielen. Und ich würde diese auch publik machen, dass man es weiss. Du sagst, dass Hilfe angeboten wird, woher weiss ich dass ich anrufen und Hilfe holen kann? Wir wünschen uns konkretere Ziele, bei denen klar gesagt werden kann ob sie erfüllt sind oder nicht. Aber gut zu wissen, dass schon einige öffentliche Stellen so bepflanzt wurden.

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Also wünschst du noch konkretere Ziele. Wenn wir solche Erhebungen machen möchten braucht es Personal, welches wieder Kosten verursacht. Wir können nicht eine 20 %-Stelle für solche Erhebungen schaffen. Daher arbeiten wir qualitativ weiter. Wir könnten die m²-Zahl, welche dieses Jahr neu entstanden ist auch konkret angeben.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Traktandum 13

Verschiedenes

Herr Andreas Burgherr: Ich bitte alle FGPK-Mitglieder nach der Sitzung kurz zusammen zu kommen, damit ein paar organisatorische Dinge besprochen werden können.

Frau Doris Kleiber: Es gibt etwas Neues in Buchs. Und zwar haben wir brandaktuell mit dem Fahrdienst für mobilitätseingeschränkte Leute gestartet. Es gibt eine Telefonnummer, man kann uns anrufen. Wir haben freiwillige Leute aus Buchs, welche Personen die mobilitätseingeschränkt sind, zu ärztlichen Terminen fahren. Zusätzlich haben wir im Vergleich zu Pro Senectute und zum SRK auch Fahrten zu einem Kaffeehalt oder einem Besuch. Es ist also eine Ergänzung zum SRK. Flyer liegen ab sofort auf.

Frau Barbara Fäh: Als Mitglied des Vorstands des Familienvereins möchte ich euch über das Sponsoring informieren. Wir hatten den Auftrag Gelder zu sammeln und wir haben erfreuliche fast Fr. 30'000.-- zusammengebracht. Wobei das BKS auch noch einen grösseren Beitrag im Sinne der Jugendförderung beigesteuert hat. Wichtig ist, dass es ein rauch- und suchtmittelfreier Spielplatz sein wird. Der Baustart ist gemäss Rebecca Hess, Mitglied der Arbeitsgruppe, bereits am 28. Oktober 2019. Am 16. November 2019 findet ein Mitwirktag statt, wo man als Familie mit Kindern teilnehmen und Arbeiten ausführen kann. Der Gemeinderat hat die Einweihung auf den 25. April 2020 angesetzt. Es läuft und wir freuen uns sehr darüber.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Der Gemeinderat wird in den nächsten 3 - 4 Wochen die BNO-Revision verabschieden. Am Samstag, 18. Januar 2020 von 9.30 Uhr bis 12.00 Uhr findet ein öffentlicher Infoanlass als Start der Mitwirkung statt. Diese wird ca. 2 Monate dauern, damit alle Parteien, Gruppierungen und Einzelpersonen genügend Zeit haben, sich vernehmen zu lassen. Zudem wird es 2 Fragestunden geben, wo die Planer, der Gemeinderat und Personen aus der Begleitgruppe anwesend sein werden. Geplant sind diese am 23. Januar und 13. Februar 2020, jeweils von 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr.

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Ich möchte noch über das Postulat "Arbeit statt Sozialhilfe", eingegangen am 5. April 2018, informieren. Die angefangene Ausarbeitung ist stecken geblieben. Momentan ist die Weiterverfolgung nicht möglich. Es konnte noch kein Nachfolger für den Leiter Thomas Huber gefunden werden. Thomas Huber ist krankheitsbedingt Anfang Jahr ausgefallen. In der Zwischenzeit ist er aus dem Anstellungsverhältnis ganz ausgeschieden, jedoch konnte noch kein Nachfolger gefunden werden. Wir sind mit grossem Aufwand auf der Suche nach einer Nachfolge. Die Leitung der Sozialen Dienste ist interimsmässig bei Ulrich Bohren der IPERES GmbH. Weitere personelle Engpässe im Bereich Administration und Sozialarbeiter mussten neu geregelt werden. Aus diesem Grund ist es den Sozialen Diensten momentan nicht möglich und nicht zumutbar den Bericht zu diesem Postulat fertigzustellen. Ich bitte um Verständnis.

Das Postulat "Renaturierung Suhre", eingereicht im Juni 2018, ist soweit auf der Zielgeraden und kann auf die Sitzung vom 10. Dezember 2019 vorgelegt werden.

Herr Vize-Gemeindeammann Hansruedi Werder: Am nächsten Freitag um 18.45 Uhr findet die Hauptübung der Feuerwehr Buchs beim Gysimattschulhaus statt. Sie sind herzlich eingeladen.

Informationen von Herrn Präsident Silvan Kaufmann:

Verabschiedungen

SP	Salahaddin Al Beati	Mitglied vom 01.01.2016 bis 19.09.2019	gut 3 ¾ Jahre
SP	Rebecca Wetter	Mitglied vom 01.01.2014 bis 30.10.2019	gut 5 ¾ Jahre

Rebecca Wetter wird ein kleines Geschenk übergeben und der Dank ausgesprochen. Salahaddin Al Beati wurde infolge Abwesenheit an der heutigen Sitzung in schriftlicher Form der Dank ausgesprochen.

Dank

Der Präsident dankt Debora Strub, Armin Meier, dem Polizisten Rolf Frei sowie den Lernenden Sarina Hunziker und Lena-Marie Lutz sowie Nicole Keusch, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 17. Oktober 2019

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Silvan Kaufmann

Nicole Keusch